

Die
wirtschaftliche Entwicklung
der
Industrie im Osten
und
ihre Einwirkung auf das Bevölkerungsproblem.

Vortrag,
gehalten im staatswissenschaftlichen Kursus an der Posener
Akademie am 17. Juni 1910

von
Professor Dr. Carl Mollwo
Danzig-Langfuhr, Technische Hochschule.



Leipzig
Verlag von C. S. Hirschfeld
1910.

Lehrbuch der Finanzwissenschaft. Von Dr. Max von Heckel, Professor an der Universität in Münster i. W.
Erster Band. Preis M. 10.—, gebunden M. 11.50.

Dieses neue Lehrbuch der Finanzwissenschaft ist auf 3 Bände berechnet, von denen der erste vollständig abgeschlossen vorliegt. Der Verfasser, dessen Name durch zahlreiche Veröffentlichungen auf finanziellem Gebiet zu den bekanntesten zählt, beabsichtigt in diesem Werke den gesamten Stoff des Finanzwesens in einem abgerundeten System der Finanzwissenschaft darzubieten und sucht dabei aus den neuesten Vorgängen und Fortschritten der Finanzpolitik in unsern Kulturstaaten die Entwicklungstendenzen der Finanzgeschichte und Finanzgesetzgebung herauszuschälen und sie zu festen Resultaten der Finanztheorie zusammenzufassen.

Die Grundzüge der Finanzwissenschaft. Zur Einführung in das Studium der Finanzwissenschaft. Vom Kaiserlichen Oberrechnungsrat a. D. Dr. Wilhelm Vocke. Preis M. 11.—, gebunden M. 13.—.

(1. Band der II. Abteilung des „Hand- und Lehrbuchs der Staatswissenschaften in selbständigen Bänden“.)

Vocke bietet in seinen Grundzügen der Finanzwissenschaft eine zusammenfassende Darstellung der gesamten Materien und damit eine systematische Charakterisierung des öffentlichen Haushalts. Der Leser lernt hier das Wesen der Finanzwirtschaft kennen, er findet eine Schilderung der verschiedenen Einkommenszweige und insbesondere der Besteuerung, ein Kapitel, das der Verfasser mit besonderer Sorgfalt und unter einem eigentümlichen Standpunkt beleuchtet. Dann folgen noch zwei Abschnitte, die die Lehre von den öffentlichen Schulden und ein Schlußkapitel, das die öffentlichen Ausgaben, den Staatsaufwand behandelt. So wird vor unsern Augen ein vollständiges und abgerundetes Bild des finanziellen Staatslebens entrollt.

Das Budget. Von Professor Dr. Max von Heckel. Preis M. 10.—, gebunden M. 12.—.

(4. Band der II. Abteilung des „Hand- und Lehrbuchs der Staatswissenschaften in selbständigen Bänden“.)

Der Verfasser bietet in diesem Werke eine möglichst anschauliche Darbietung des ganzen Entwicklungsganges des Staatshaushaltes in seiner formellen Umrahmung. Dabei war der Verfasser stets bestrebt, die budget- und finanztechnischen Einrichtungen nicht nur theoretisch zu schildern, sondern dieselben stets mit einer vergleichenden Darstellung des positiven Rechtsstandes in den wichtigsten Kulturstaaten zu erläutern. Der ganze Stoff ist auf drei Abschnitte verteilt, von denen der erste die allgemeinen Lehren, die Aufstellung und Votierung des Budgets und die Entwicklung des Etatswesens behandelt. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Finanzverwaltung, ihrer Einrichtung und ihren Funktionen im Lebensprozesse des Budgets, während der letzte die Kontrolle des Staatshaushalts und damit das letzte Auswirken des Budgets zum Gegenstand hat.

Die Kommunal Finanzen. (Grossbritannien, Frankreich, Preussen.) Von Dr. Richard von Kaufmann, weil. Geh. Regierungsrat und Professor in Berlin. Zwei Bände. Preis M. 27.—, geb. M. 31.—.

(5. Band der II. Abteilung des „Hand- und Lehrbuchs der Staatswissenschaften in selbständigen Bänden“.)

Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Freund sagt in seiner Besprechung im „*Verwaltungsarchiv*“: Das vorliegende Werk unternimmt die schwierige Aufgabe einer Darstellung der Kommunalfinanzwissenschaft vom Gesichtspunkte der Entwicklung, wie sie die drei Kulturstaaten Großbritannien, Frankreich und Preußen genommen haben. Es füllt damit eine Lücke in unserer finanzwissenschaftlichen Literatur aus und ist des Dankes aller wissenschaftlichen Forscher und praktischen Arbeiter auf diesem Gebiete gewiß.

Kritische Dogmengeschichte der Geldwerttheorien. Von Dr. Fr. Hoffmann. Preis M. 8.—.

Äußere Ereignisse wie allgemeine Wirtschaftstheorien haben veranlaßt, daß die Darstellung der Bestimmungsgründe des Geldwertes und der Folgen, die eine Veränderung dieser Größen hervorrufen kann, die Darstellung der Gesetze der Geldstatik und Gelddynamik immer wieder versucht wurde. Es wird die Geschichte der Hartgeldwerttheorien von der ersten Aufstellung einer Lehre bis zur neuesten Zeit verfolgt. Knapp werden die allgemeinen Theorien, ausführlich die Lehren desjenigen, die einen neuen Weg beschrritten, dargestellt und kritisch beleuchtet. Besonders wird darauf hingewiesen, wie die Geldwertlehre im Zusammenhang steht mit anderen Lehren, vor allem mit Wert und Krisentheorien.

553 1134

Die
 wirtschaftliche Entwicklung
 der
Industrie im Osten
 und
 ihre Einwirkung auf das Bevölkerungsproblem.

Lb. Spel.

Vortrag,
 gehalten im staatswissenschaftlichen Kursus an der Posener
 Akademie am 17. Juni 1910

von
Professor Dr. Carl Mollwo
 Danzig-Langfuhr, Technische Hochschule.



Leipzig
 Verlag von C. E. Hirschfeld
 1910.

1011338



~~inm. 52350~~ mel.



BIBLIOTEKA
UNIWERSYTETU GDAŃSKIEGO



1101160753

1064

P-90/58

29,-

Meine Herren, ich bin beauftragt, Ihnen einen Vortrag zu halten über die Lage, die durch die wirtschaftliche Entwicklung der Industrie im Osten und ihre Einwirkung auf das Bevölkerungsproblem geschaffen ist. Ich selbst bin aus dem Westen vor nicht langen Jahren in den Osten gekommen und stehe den östlichen Verhältnissen insofern mit ähnlichen Gedanken gegenüber, wie ein großer Teil von Ihnen, die aus dem Westen zu diesem Kurs gekommen sind. Der entscheidendste Eindruck, den alle gehabt haben werden, die aus dem Westen in die Ostmark gekommen sind, ist wohl der, daß große Teile des Ostens auch heute noch nicht germanisiert sind, wenigstens wenn man unter „germanisiert sein“ versteht, daß Bevölkerung und Wirtschaft durchaus deutschen Charakter tragen, daß keine grundlegenden Differenzen zwischen der Kultur des Ostens und der des Westens bestehen. Aber der Osten gehört in weitem Umfang polnischer Kultur an. Die Polen behaupten ihn, und verhüllt oder unverhüllt tritt auf ihrer Seite die Anschauung hervor, daß diese Grenzgebiete in der Hauptsache den Polen gehören, und uns allen wird nach eingehender Beobachtung mehr oder weniger deutlich das zum Bewußtsein gekommen sein, daß hier in der Ostmark ein Streben nach Polonisierung, nach Slavisierung besteht. Wir haben den Kampf um die Ostmark und nicht allein um den Boden der Ostmark auf diesem alten Kolonialgebiet noch einmal wieder aufzunehmen.

Von Deutschland aus gesehen, ist der ganze Osten Kolonialboden, und wir müssen, um einer schiefen Auffassung vorzubeugen, von vornherein feststellen, daß er trotz aller Kolonisations-

versuche, die mit mehr oder minder großem Erfolg seit den Zeiten des deutschen Ordens hier vorgenommen sind, und trotz gegenteiliger Behauptungen noch niemals völlig deutsch gewesen ist; die Germanisation des Ostens ist noch niemals bis zum Rest durchgeführt. Nie hat es sich bei der Germanisation um etwas anderes gehandelt, als um die Einführung einer deutschen Oberschicht. Diese Tatsache hat in vergangenen Jahrhunderten zu der Auffassung geführt, daß die politische Eroberung des Ostens vollzogen sei, weil diese deutsche Oberschicht tatsächlich herrschte. Diese Periode der Herrschaft einer kleinen reindeutschen Oberschicht ist aber durch die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beseitigt worden.

Wir haben es heute, wie allenthalben, so auch hier mit den Fragen der Masse zu tun. Unter diesem Gesichtswinkel stellt sich das Problem der Germanisierung des Ostens ganz anders dar, als die Germanisation von Elsaß-Lothringen. Der größte Teil von Elsaß-Lothringen ist von jeher deutsch gewesen, er ist niemals romanisiert im Sinne der Nationalitätenfrage; wohl aber ist dort im vergangenen Jahrhundert eine zeitweilige Trennung von Deutschland im politischen wie im kulturellen Sinn erfolgt, die weite Kreise nach diesen beiden Richtungen zu guten Franzosen gemacht hat, ohne doch die Stammeszugehörigkeit der Masse zu Deutschland beseitigen zu können. Deswegen hat es dort nach der gewaltsamen Revindikation des Reichslandes 1871 nur in ganz beschränktem Sinn weiteren politischen Kampfes bedurft, um diesen Teil deutschen Volkes dem Deutschtum wieder zurückzugewinnen, sondern es hat nur der Amalgamierung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit denen Deutschlands bedurft, der Loslösung von den französischen Wirtschaftsverhältnissen, um wieder so gut wie rein deutsches Gebiet zu schaffen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse im Osten. Die Nationalitätenfrage, die Zugehörigkeit zweier Hälften der Bevölkerung zu zwei verschiedenen Nationen, spielt dort neben den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen in entscheidendem Maße mit. Es bedarf nicht allein wirtschaftlicher Amalgamierung des Ostens mit dem übrigen Deutschland, sondern zuerst der Entscheidung der politischen Machtfrage, ob der Osten auf die Dauer germanisiert oder slavisiert werden soll.

Nur ein Mittel zu der nötigen Verschmelzung des Ostens mit dem gesamten übrigen Deutschland ist die wirtschaftliche Eroberung, die bisher nicht erreicht ist. Sie alle kennen die Verhältnisse, die durch das Bernhardsche Buch über das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat allen vor Augen gelegt sind, die sehen wollen. Es genügt heute bei dem unbezweifelbaren Vordringen und dem notorischen Aufschwung des polnischen Mittelstandes nicht mehr, eine deutsche Oberschicht in ihrer Herrschaft über das weite Gebiet des Ostens zu stützen, sondern es ist in weiten Kreisen als notwendig bezeichnet worden, die gesamte Bevölkerung zu germanisieren, um die Sicherheit zu gewinnen, daß dieses von Preußen erworbene Land auf die Dauer deutsch bleibt. Machtfragen sind es daher in erster Linie, um die es sich bei diesem Problem handelt.

Neben dem großen Eindruck der vorhandenen politischen Differenzen auf dem Gebiete der Nationalitätenfrage steht für jeden, der aus dem Westen kommt, der Eindruck, daß es sich ebenso um große industrielle und landwirtschaftliche Differenzen gegenüber den Verhältnissen des Westens handelt. Wenn nun seit Jahren von privater Seite aus immer wieder wirtschaftliche Versuche gemacht sind, um den Osten zu industrialisieren, um ihn so höherer und deutscher Kultur zuzuführen, so sind diese ohne weiteres als erfreulich zu begrüßen. Ihre Erfolge und

Mißerfolge gehören dem Gebiete privater Kolonisation an, sie gehen auf das Risiko der betreffenden Unternehmer, sie sind Verdienst und Unglück von einzelnen je nach ihrem Erfolg. Ganz anders liegen aber die Dinge, wenn vom Staate aus durch wirtschaftspolitische und Verwaltungs-Maßnahmen ein maßgebender Einfluß auf die Abänderung der vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnisse versucht wird.

„Sapientissime fiunt omnia, quae pro re publica fiunt“, steht in Danzig am hohen Tor. Das Wort ist häufig mißbraucht worden, um jeder Kritik an den Maßnahmen einer Regierung von vorn herein zu begegnen, solcher Kritik unter dem Gesichtspunkt des beschränkten Untertanenverstandes Zügel anzulegen. Solche Kritik ist aber absolut vonnöten, um zu einer wirklichen Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zu gelangen. Wir haben eine Reihe von Lobrednern der heutigen Maßnahmen zur Germanisierung des Ostens. Ich verweise speziell auf den Vortrag, den Herr Professor Hinze am 19. September 1903 in Danzig im Verbands Ostdeutscher Industrieller „über die Industrialisierungspolitik Friedrichs des Großen, verglichen mit den von Gohlerschen Plänen für Westpreußen“ gehalten hat. Er verweist auf die Politik Friedrichs des Großen und befürwortet für heute die Durchführung ihrer Grundideen. Im einzelnen sagt er Seite 4: „Der verstorbene Oberpräsident von Gohler, dem diese Provinz so viel verdankt, hat den wahrhaft staatsmännischen Gedanken auf die Bahn gebracht, daß man auch zugleich den Osten industrialisieren müsse. Er hat das Problem aufgestellt, deutsche Bauern auf das Land und deutsche Industrie in die Städte. Mit richtigem politischem Instinkt hat er herausgefunden, daß man bei dieser Aufgabe wieder an die Tradition Friedrichs des Großen anknüpfen müsse, so weit die gegenwärtigen Verhältnisse das gestatten“. Er sagt

weiter Seite 31: „Das kann natürlich heute nicht mehr in ganz denselben Formen gemacht werden, es kann heute auch nicht mehr die Aufgabe eines Königs von Preußen sein. Aber, daß dieser Geist staatlicher Fürsorge da, wo er angebracht ist, und in den Formen, die den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen, noch immer von Segen sein kann, das beweist nach allem, was ich davon gehört habe, die Wirksamkeit des verewigten Oberpräsidenten von Gohler auf das glänzendste und überzeugendste. Durch vorübergehende Rückschläge und Krisen darf man sich dabei nicht entmutigen lassen“. „Freilich, wer in der Volkswirtschaft lediglich einen natürlichen Organismus sieht, dessen Lebensprozeß, mag er nun zu Blüte oder Verfall neigen, niemals durch die plumpe und rauhe Hand des Staates gefährdet werden darf, mit dem ist über diese Dinge nicht zu diskutieren. Wer den wirtschaftenden Menschen sich wie einen überall gleichartig eingerichteten Automaten denkt, der von den wirtschaftlichen Selbstinteressen allein so in Bewegung gesetzt werden kann, wie es seiner Konstruktion entspricht, der wird in dem ganzen friedericianischen System nur einen großen und verderblichen Irrtum erblicken können.“ — „Es kommt auch für uns, meine ich, nur darauf an, ob der Staat ein vitales Interesse daran hat, daß die Ostprovinzen eine Industrie bekommen und ein solches politisches Interesse liegt meiner Ansicht nach vor, es liegt in der Polenfrage“. Es handelt sich also nach Hinze um das Problem der Industrialisierung des Ostens wegen der Polenfrage. Die Frage ist also zu diskutieren, ob Hinze Recht hat; ist das Problem so zu lösen?

Nun ist es heute Tatsache, daß alle Industrialisierungsversuche des Ostens bisher mißglückt sind. Hinze selbst gibt in dem erwähnten Vortrag diese Tatsache vollständig zu für die Regierung Friedrichs des Großen. Nachdem diese Periode der

Industrialisierung abgeschlossen war, hat im neuen Reich an der Wende der sechziger und siebziger Jahre ein zweiter Industrialisierungsversuch stattgefunden. Es ist lehrreich, hierfür eine kleine Schrift des Regierungsrats S. Marcinowski „Ostpreußens Beruf für die Industrie“ vom Jahre 1872 zu vergleichen. Er erklärt positiv, daß die Industrie Ostpreußens in seiner Beobachtungsperiode sich nicht allein nicht fortentwickelt habe, sondern sogar häufig Merkmale des Rückschritts oder wenigstens des Stillstandes erkennen lasse. Als Gründe hierfür führt er herrschende Vorurteile gegen die Möglichkeit des Gelingens industrieller Unternehmungen an, die er im wesentlichen zurückführt auf die Mißerfolge, welche fast sämtliche in den letzten Jahrzehnten ins Leben gerufenen neuen industriellen Unternehmungen aufzuweisen haben. Als reellen Grund aber führt er an: „Wollte man aber dem Anlaß des Scheiterns der industriellen Unternehmungen in den einzelnen Fällen auf den Grund gehen, so würde man feststellen können, daß nicht der Mangel irgend eines der Grundelemente der Industrie den Mißerfolg verschuldet, vielmehr teils die persönliche Unfähigkeit des Unternehmers, teils die unrichtige Wahl des Fabrikortes, teils eine unrichtige Fabrikationsmethode, teils finanzielle Kalamitäten, teils endlich ungeschickte technische Leitung den Fall oder Rückgang des Unternehmens zur Folge gehabt haben. Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß die Provinz Preußen für manche Industriezweige absolut keinen sicheren Boden gewährt. Es ist ferner auch nicht zu verkennen, daß die Grenzsperrung gegen Rußland, die Eisenzölle, die noch nicht ganz überwundenen Mängel einer gleichmäßigen Kommunikation dem Umfange der industriellen Unternehmungen zurzeit noch gewisse Schranken setzen. Deshalb darf man aber die Möglichkeit einer dieser Begrenzung entsprechenden Entwicklung der

Industrie nicht in Frage stellen.“ In summa ist jedenfalls nicht zu verkennen, daß die Beobachtungen dieses nüchternen Regierungsbeamten einen fast vollständigen tatsächlichen Mißerfolg der damals versuchten Industrialisierung auf dem Wege der Tätigkeit des freien Unternehmertums konstatieren. Sie ist speziell charakterisiert durch die Entstehung industrieller Anlagen in den Formen der modernen Erwerbsgesellschaft.

Die nächste Periode der Industrialisierung ist charakterisiert durch die Tätigkeit des Oberpräsidenten von Goßler in Danzig. Es kann nicht die Aufgabe dieses Vortrages sein, auf die Mißerfolge dieses Versuchs im einzelnen einzugehen. Es genügt nach dieser Richtung hin zu verweisen auf die absoluten Mißerfolge der nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke, die nach immer wiederholten Versuchen, dieses Werk zu sanieren und nach enormen Subußen seitens der Interessenten und der Stadt Danzig schließlich doch in Konkurs geraten sind, ohne daß irgendwelche begründete Aussicht besteht, wesentliches aus diesem Zusammenbruch zu retten. Die übrigen unter der Ägide des Herrn von Goßler durchgeführten wirtschaftlichen Unternehmungen sind ja über das Stadium der Kinderkrankheiten hinübergeführt worden, ohne jedoch irgendwelche wesentliche auf eigener Kraft beruhende Entwicklungsfähigkeit zu zeigen, so weit sie nicht mit den Grundlagen des ostdeutschen Wirtschaftslebens in besonders nahem Zusammenhang stehen. Es handelt sich also, und das ist als übereinstimmende Meinung aller an diesen Versuchen aktiv Beteiligten festzustellen, um eine recht problematische Sache bei dem neuesten Versuch, den Osten zu industrialisieren und es bedarf daher heute wieder einmal dringend einer Darlegung der tatsächlichen Grundlagen für die Möglichkeit irgend einer Industrialisierung, also in erster Linie einer Untersuchung der natürlichen Gegebenheiten im Osten.

Zuerst ist da auf eine enorme Differenz zwischen Schlesien auf der einen Seite und Posen, Pommern, Ost- und Westpreußen auf der anderen Seite hinzuweisen. In Schlesien hat sich eine bodenständige Großindustrie entwickelt auf der Grundlage des Besitzes von Kohle, Eisen und einer Reihe von anderen Mineralien. Dieses Vorkommen von Erzen und Steinkohlen fehlt in sämtlichen anderen Teilen des Ostens vollständig. Infolgedessen hat sich in Schlesien eine natürliche Industrialisierung ohne Staatshilfe vollzogen, trotzdem die Verkehrslage Schlesiens zum übrigen Deutschland durchaus nicht als besonders günstig zu bezeichnen ist. Schlesien teilt weiter mit den anderen östlichen Provinzen dieselbe Gefahr der österreichischen und russischen Grenznähe und der dadurch gegebenen Unterbindung des Absatzes in sein natürliches Absatzgebiet jenseits der Grenze bei der herrschenden absperrenden Wirtschaftspolitik Deutschlands. Schlesien hat das Ziel der Industrialisierung erreicht, trotzdem für diese Provinz durchaus nicht wesentliche Unterschiede in der Versorgung des Arbeitsmarktes mit Arbeitskräften vorliegen gegenüber der anderen Provinzen des Ostens.

Die natürlichen Unterlagen jeder industriellen Produktion sind von der Natur gebotenes Rohmaterial, Kapital und Arbeitskräfte. Da ist festzustellen, daß dem Osten, abgesehen von Oberschlesien, eigene Kohle fehlt. Die östlichen Provinzen sind infolgedessen auf den Bezug von Steinkohle aus Oberschlesien, Rheinland und Westfalen oder England angewiesen. Infolgedessen spielt für diese Provinzen die Frachtfrage der Kohlen eine entscheidende Rolle. Was das Kapital anlangt, so ist nach den Ergebnissen der preussischen Ergänzungssteuer evident, daß die vier genannten Provinzen in ihren Resultaten weit unter dem Durchschnitt des übrigen Preußen bleiben und für die Möglichkeit industrieller Produktion ist infolgedessen ebenso mit einem Import von

Kapital, wie von Kohlen zu rechnen. Die Beobachtung der Bevölkerungsverhältnisse der vier östlichen Provinzen Preußens hat weiter, was die Frage der Binnenwanderung angeht, eine sich immer verstärkende Abwanderung speziell der in landwirtschaftlichen Betrieben aufgewachsenen Kreise der Bevölkerung nach dem Westen gezeigt. Der Mangel von Arbeitskräften wird vielleicht von keiner anderen Gruppe von Unternehmern stärker beklagt als vom Großgrundbesitz, der in den östlichen Provinzen überwiegt. Infolgedessen ist ebenso wie mit der Notwendigkeit des Imports von Kohlen und Kapital mit dem absoluten Zwang zum Import von Arbeitskräften in dieses Gebiet schon zur Durchführung des bisher überwiegenden landwirtschaftlichen Betriebes zu rechnen, geschweige denn zur Durchführung einer Industrialisierung, die eine weitere Zahl von Arbeitskräften für ihre Entstehung zur Voraussetzung hat. Und was das Entscheidende ist für die Frage des Bevölkerungsproblems und damit für die Frage der politischen Behandlung dieser ganzen Dinge, der Nachschub dieser Arbeitskräfte erfolgt nicht aus germanischen Gebieten, sondern erfolgt im wesentlichen durch die Einwanderung von Slaven.

Es fehlen also im großen Ganzen betrachtet die drei natürlichen Grundlagen für eine Industrialisierung des Ostens, wenigstens wenn man eine Industrialisierung im großen Stile vor Augen hat.

Im einzelnen ist zu dem soeben Vorgetragenen zu bemerken, daß immerhin in gewissem Sinne ein Ersatz für Steinkohlen für industrielle Zwecke durch Braunkohle zu ermöglichen ist. Daß sich Braunkohle in gleichem Sinne wie Steinkohle industriell verwenden lasse, wird von niemand behauptet, aber als Surrogat wäre die Braunkohle nicht zu verachten. Es gibt zweifellos Braunkohlenlager im Osten; ich

verweise speziell auf die Untersuchung von Meine und von Rosenberg-Lipinski, die am 20. Oktober 1905 in Posen dem Verband Ostdeutscher Industrieller vorgetragen sind. Meine resümiert seine Anschauung dahin, daß die Erschließung abbauwürdiger Braunkohlenlager in absehbarer Zeit zunehmen werde, er betont aber, daß die Bohrung eine ganz unsichere Sache sei und daß jedenfalls bisher nichts irgendwie Wesentliches erreicht sei. Er hebt ferner hervor, daß diese Braunkohle durchaus kein Surrogat für die Verwendung von Steinkohlen in den Fabriken sein könne. Bergrat von Rosenberg-Lipinski hebt speziell hervor, daß die Hoffnung, in der Provinz Posen Steinkohlen zu finden, nach dem bisherigen Befund so gut wie aussichtslos sei und daß also von nutzbaren brennbaren Mineralien das wichtigste die Braunkohle sei. Diese komme aber in zu wenig mächtigen Flözen vor und sei daher wenig abbauwürdig. Außerdem komme nur Tiefbau in Frage, nicht Tagebau und es sei daher von vornherein für jede Inaugurierung von Braunkohlenbergbau die Verwendung bedeutender Kapitalmengen erforderlich. In Posen handle es sich um relativ schwache, aber breite Lager von Braunkohlen, deren Qualität als gut zu bezeichnen sei, besonders wegen ihres Gasgehalts. Der Abbau dieser Kohle biete aber enorme Schwierigkeiten wegen der großen Bedenken, die die Wasserführung der zu durchbrechenden Gesteine mit sich bringe. Er kommt infolgedessen zu dem Resultat, daß die Ausdehnung des Braunkohlenbergbaues im Osten technisch zweifellos möglich, aber auf alle Fälle teuer sei. Festzustellen sei, daß bisher nichts erreicht sei. Mit Recht weist er nur auf eine Möglichkeit hin, den Braunkohlenbergbau dennoch rentabel für Industrialisierungszwecke zu gestalten, sie liegt darin, daß auch die Produktion von Steinkohlen in Deutschland immer teurer werde, wegen des Zwanges, in größere Tiefen zu gehen, um

abbauwürdige Flöze zu treffen. Für jede Braunkohlenförderung spricht im Osten die Möglichkeit, durch sie Frachtersparnisse gegenüber dem an sich nötigen Import von Steinkohlen aus anderen Produktionsgebieten zu erzielen. So richtig diese Tatsache ist, so wird man ihr doch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gegenüber halten müssen, daß der Transport von Steinkohlen für die preußischen Staatseisenbahnen einen lukrativen Zweig ihrer Tätigkeit ausmacht, so daß ein wesentlicher Ausfall auf diesem Gebiete zu einer Schmälerung der Rente der Staatsbahnen, die das Rückgrat der preußischen Finanzen darstellen, führen müsse. Unter solchen Umständen ist der Forderung nach staatlichen Versuchen zu Hebung des Braunkohlenbergbaues, die erhoben wurde, bisher von staatlicher Seite nur in ganz beschränktem Maße Folge gegeben, allerdings bisher auch ohne Erfolg.

Neben Steinkohlen und Braunkohlen kommt als Feuerungsmaterial der Torf in Betracht. Es steht fest, daß dieser sich bisher in keiner Form für industrielle Zwecke geeignet hat, speziell für die Großindustrie. Nach den Ergebnissen der Untersuchungen von Dr. M. Caro und Dr. W. Feldt, die diese am 16. November 1906 dem Verband Ostdeutscher Industrieller vorgetragen haben, ist zuzugeben, daß bedeutende Moorflächen für die Torfausbeute in diesen Gebieten in Betracht kommen. Der Torf kann in der Form sorgfältig gearbeiteten Maschinentorfs ein recht gutes Heizmaterial bieten, das für alle Zwecke der Heizung verwendet werden kann, falls die Heizanlagen der Verwendung von Torf speziell angepaßt werden. Er bietet aber auf alle Fälle, wie Caro feststellt, ein minderwertiges Heizmaterial dar. Die Methode der Verkokung von Torf auf dem Wege der trockenen Destillation ähnlich der der Holzverkohlungs bietet nach einzelnen Versuchen die Möglichkeit rationeller Ver-

wendung des Torfs. Caro stellt aber fest, daß der wirtschaftliche Erfolg dieser Verfahren von allzuvielen Faktoren abhängig sei, als daß er ständig sein sollte. Speziell für den Osten stellt Caro für jetzt die Möglichkeit rationeller Verwendung der Destillationsverkokung direkt in Abrede. Etwas bessere Aussichten sieht Caro in der Möglichkeit, den Torf zu vergasen und das erhaltene Gas in Gasmaschinen zu verwenden. Auf diesem Wege sei rechnungsmäßig die Möglichkeit der Beschaffung einer Jahrespferdekraft in Form von Elektrizität mit ca. 70 bis 80 Mk. festzustellen, also nicht höher, als an solchen Stellen Deutschlands, die über große Wasserkräfte verfügen. Am wichtigsten scheint Caro die Verwendung des Torfs durch direkte Vergasung zur Erzeugung von Kräften, die bei der Fabrikation von Kalkstickstoff zu gebrauchen seien. Er sagt: „Es wird das Moor in großem Maßstabe verwertet, es wird das Land kulturfähig gemacht und es wird eine Produktion geschaffen, welche im Land fast unbeschränkte Aufnahme als Ersatz eines Auslandsproduktes findet und in denselben landwirtschaftlichen Betrieben verwendet wird, die auf den enttorften Flächen aufblühen. Die Angliederung der Holzschleif- beziehungsweise Kalkstickstoff-Fabrikation ergibt endlich verwertbare transportable Produkte, die unter Benutzung der Hilfsquellen des Landes entstehen und im Lande Geld durch Verkauf nach anderen Ländern, beziehungsweise durch Ersparnis der Auslandseinfuhr einbringen. Diese Industrien müssen deshalb als bodenständig angesehen werden und ihre Durchführung liegt im Rahmen des Erreichbaren und Nützlichen“. Schließlich betont Caro, daß unter Anwendung des sogenannten Mond-Caroschen Vergasungsverfahrens für halbdrockenen Torf fast der gesamte Stickstoff von Torf in Form von Ammoniak gewonnen werden könne. Der Erlös aus dem Ammoniak, welches in der Form von Ammonsulfat als leicht

absehbares, stickstoffhaltiges Düngemittel erhalten wird, decke nicht nur die Kosten des Betriebes, sondern werfe vielfachen Gewinn ab. Die bei der Fabrikation von Ammoniumsulfat erhaltenen Gase seien nicht nur für Kraftzwecke besonders gut geeignet, weil sie von konstanter Zusammensetzung und besonders rein seien, sondern sie könnten auch für alle Zwecke der Heizung verwendet werden und ergeben, entsprechende Feuerungen vorausgesetzt, die höchste Temperatur. Besonders gut eignen sich derartige Anlagen zum Stahlschmelzen, da das Gas absolut schwefelfrei sei.

Vorerst bestehen nun im Osten keinerlei Anlagen, um diese technischen Möglichkeiten auszunutzen. Es ist daher festzustellen, daß es, bis derartige Anlagen geschaffen worden sind, bei dem Fehlen von Steinkohlen, der relativen Ungeeignetheit von Braunkohle und der bisher nicht in wesentlichem Umfang in die Praxis überführten Verwendungsmöglichkeit des Torfes für größere industrielle Zwecke dabei bleibt, daß das wichtigste Rohprodukt für eine Industrialisierung, das Heizmaterial in diesem Gebiete nicht zu dem Preise zur Verfügung steht, zu dem es in den bisherigen Industriegegenden Deutschlands und rund um die deutsche Grenze herum im Auslande zur Verfügung steht.

Und ebenso geht es mit dem Vorkommen von Eisen. Die wenigen Brauneisenstein- und Rafeneisensteinlager können für eine Industrialisierung bisher nicht gezählt werden. Es würde also neben dem Import von Brennmaterial für eine Großindustrie des Imports von Roheisen, Walzeisen, Stabeisen, Gußeisen und Stahl bedürfen, um auch nur eine Fertigfabrikationsindustrie in diesen Gegenden unterhalten oder neu ins Leben rufen zu können. Eine Hochofenindustrie wäre nach den bisherigen Ermittlungen und Erfahrungen nur an der Küste mit fremder

Kohle und fremden Erzen denkbar. Für den Osten bleibt also auf diesem Gebiet im besten Fall die Möglichkeit, eine den speziellen lokalen Bedürfnissen des östlichen Wirtschaftslebens angepasste Kleineisenindustrie, speziell Maschinen- und Gußwarenindustrie, wie sie schon in Graudenz in bedeutenden Werken durchgeführt ist, ins Leben zu rufen.

Auch sonst ist aber an dieser Stelle der Gedanke zu ventilieren, ob es nicht denkbar erscheint, an die Stelle der alten Vorbedingungen der Großindustrie wenigstens zu einem Teil die Erzeugung von Kraft durch die vereinigt erfolgende Verwendung der vorhandenen Wasserkräfte zu beschaffen. Es wird nach dem heutigen Stande der Technik zuzugeben sein, daß in Pommern und Teilen Westpreußens eine derartige Ausnutzung von Wasserkraftanlagen durchaus innerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Wir finden daher hier schon jetzt allgemein ein tatkräftiges Eingreifen von Kommunen und seitens der Provinzen, um durch Einrichtung von Stauwerken, durch Talsperren und ähnliches, industrielle Kraftanlagen herzustellen. Vorerst werden diese Überlandzentralen allerdings wohl im wesentlichen Beleuchtungszwecken und der Beschaffung von Kraftantrieb für landwirtschaftliche Maschinen dienen, die Möglichkeit der Angliederung bedeutenderer industriellen Betriebe an diese Überlandzentralen scheint jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Zentralen von vornherein in genügenden Dimensionen ausgebaut werden, durchaus innerhalb des Bereiches der Möglichkeit zu liegen.

Wir sahen, die wichtigsten Naturfaktoren für eine Industrialisation des Ostens im großen sind nicht gegeben. Bedeutend ist für den Osten nur die Produktion von Holz, die aber immerhin noch nicht so groß ist, daß sie die Verwendung ausländischen Holzes innerhalb dieses Gebietes verhindert. An industri-

ellen natürlich begründeten Anlagen sind hier zu nennen die bedeutenden Schneidemühlen, Zellulosefabriken und Möbelfabriken, die, wie die Erfahrung gezeigt hat, bei verständiger Leitung durchaus zu prosperieren vermögen. Aber alle diese Industriezweige sind ebenso wie diejenigen, die auf der Gewinnung von Kalk, Mergel und Gips begründet sind, sowie Ziegeleibetriebe, auf ausgedehnte Verwendung von Arbeitskräften angewiesen. Für diese Betriebe spielt also speziell die Arbeiterfrage eine bedeutende Rolle.

Eine besondere Gruppe für die Industrialisierung des Ostens spielen natürlich diejenigen Betriebe, die auf der Basis oder im Anschluß an landwirtschaftliche Betriebe errichtet werden können. Es handelt sich speziell um die Mühlenindustrie, die auf das engste verbunden ist mit dem Bezug von Getreide aus den landwirtschaftlichen Großbetrieben. Diese Großmühlen haben die alten, in großen Mengen vorhandenen Lohnmühlen im wesentlichen zurückgedrängt, ebenso wie die kleinen Brauereien und Brennereien nicht mehr in dem Sinne überwiegen, wie das vor kurzer Zeit der Fall war. Die großen industriellen Mühlen, Brauereien und Brennereien stellen eben den entschiedenen technischen und wirtschaftlichen Fortschritt dar. Es kann nicht bezweifelt werden, daß alle diese Industriezweige durch eine Öffnung der russischen Grenze einen lebhaften Impuls für ihre Tätigkeit finden würden. Aber auch unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen ist zu konstatieren, daß diese Betriebe im allgemeinen eine auf ihrer Bodenständigkeit basierte Rentabilität zeigen und innerhalb des durch die Tatsachen der allgemeinen Wirtschaftspolitik gegebenen Rahmens auf die Dauer ein gesundes Wirtschaften in Aussicht stellen. Als blühend sind daher in diesem Bezirk die sogenannten landwirtschaftlichen Nebengewerbe, die Spiritus- und Stärkeindustrie



wegen des vorhandenen Kartoffel- und Getreidebaues, die Rohzuckerindustrie wegen des ausgedehnten Rübenbaues und die Zuckerraffinerien infolge der Verfügung über deutschen Rohzucker neben ausländischem zu bezeichnen. Dasselbe gilt von der Molkereiproduktion, die sich durch die allmählich glücklicherweise etwas ansteigende Viehhaltung wesentlich hebt, der sämtliche Fortschritte der Intensivierung der Landwirtschaft, besonders was die Verwendung der Abfälle der landwirtschaftlichen Nebengewerbe, Stallfütterung und Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen angeht, zugute kommt.

Als Resultat werden wir also feststellen können, daß die natürlichen Gegebenheiten des Ostens nur dahin auszubeuten sind, daß sie die Entwicklung von Industrien ermöglichen, die im Anschluß an das Hauptgewerbe des Ostens sich betätigen, an die Großlandwirtschaft. Aber auch diese werden zu einer Blüte nur da gelangen können, wo ihnen Kapital und Arbeitskräfte neben genügender kaufmännischer Leitung in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Daneben handelt es sich aber um den großen Einfluß, den die geographische Lage des Ostens auf die Möglichkeit der Industrialisierung ausübt. Einmal hindert die geographische Lage eine intensive wirtschaftlich-industrielle Entwicklung, weil diese Provinzen sich ein breitem Streifen an der russischen Grenze, die für uns wirtschaftspolitisch geschlossen ist, hinziehen und dadurch von dem Verkehr mit mindestens der Hälfte ihres natürlichen Absatzgebietes so gut wie ausgeschlossen sind. Von den Hauptproduktions- und Konsumtionsgebieten in Deutschland sind diese Gegenden nur durch Binnentransportwege, für die zum größten Teil nur die Eisenbahnen in Betracht kommen, erreichbar. Die Konkurrenz der englischen, oberschlesischen und westfälischen Steinkohle ist speziell

durch diese Verhältnisse auf das intensivste beeinflusst. Es ist also festzustellen, daß die natürliche Lage dieser Gegenden durch wirtschaftspolitische, speziell aber durch tarifarische Maßnahmen für den Verkehr auf Eisenbahnen und Wasserstraßen, besonders durch den Ausbau von Wasser- und Schienenstraßen, durch staatlich Maßnahmen also, wirtschaftlich grundlegend verschoben werden kann, so weit die natürlichen Gegebenheiten, wie wir vorher erörterten, eine Beeinflussung dieser Gegend überhaupt ermöglichen. Ich verweise speziell auf einen Aufsatz von Max Bahr, der in der Zeitschrift für Binnenschifffahrt, in der „Ostdeutschen Industrie“ 1909 Nr. 1 und als Broschüre veröffentlicht worden ist „Über die Erhaltung der Ostmark für das Deutschtum durch die Schaffung durchgehender Wasserstraßen, 1909 1. Januar“. Bei diesen Darlegungen wird es auch dem Laien einleuchten, daß es gerade die Tarife der Staatsbahnen und die geplante Tarifierung für den Verkehr auf den Wasserstraßen sind, die eine allmähliche Beteiligung des Ostens am mitteldeutschen Wirtschaftsleben heute in den meisten Fällen ausschließen, ohne daß das an sich nötig wäre. Die Vereinigten Staaten von Amerika liegen für Danzig heute näher, als Berlin, weil die Tarifmaßnahmen der Staatsbahn gemessen an den Seefrachten diese Ortsdifferenz größer erscheinen lassen. Die einfache Multiplikation des Tariffaktes verhindert die Verfrachtung ostdeutscher Produkte nach dem Westen und die Möglichkeit, zu billigen Preisen das dem Osten für eine Industrialisierung fehlende Rohmaterial dorthin aus dem Westen zu überführen. Wirklich überwinden lassen sich die großen Entfernungen zwischen dem Westen und Osten abgesehen von tarifarischen Maßnahmen aber ausschließlich durch die Erbauung eines schiffbaren Wasserweges zwischen Weichsel, Oder, Elbe, Weser und Rhein mit Tarifen, die dem Osten, einen Austausch

mit dem Westen ermöglichen. Es bedarf also unbedingt des Ausbaues des Mittelgliedes Magdeburg-Hannover und der Vertiefung der vorhandenen östlichen Wasserwege in Annäherung an die westdeutschen Kanaltiefenverhältnisse der staatlichen Wasserstraßen. Es bedarf also unbedingt einer Eisenbahntarifpolitik und einer Wasserstraßenpolitik, die den Osten mit dem Westen verbindet, um den Osten im Westen konkurrenzfähig zu machen und dem Osten die Rohmaterialien zuzuführen, ohne die eine Industrialisierung des Ostens auf die Dauer immer ausgeschlossen bleiben wird. Es giebt also nichts Törichtereres, als den Widerstand gegen eine derartige Entwicklung der Eisenbahn- und Wasserstraßenpolitik, wenn man die Industrialisierung des Ostens will.

Ganz anders liegt die Frage natürlich, wenn man von vornherein dem Gedanken derartiger Industrialisierung grundsätzlich ablehnend gegenübersteht oder dem Westen grundsätzlich diese durch staatliche Tätigkeit erst zu schaffende Konkurrenz des Ostens ersparen will.

Aber selbst, auch wenn diese Fragen zugunsten des Planes einer Industrialisierung des Ostens gelöst sein werden, wird immer noch die Frage der Kreditverhältnisse entscheidend für die Möglichkeit der Durchführung des Problems in Frage kommen. Neben den natürlichen Verhältnissen, wie sie sich aus der Lage des Ostens zum übrigen Deutschland und seinen natürlichen Absatzgebieten ergeben, ist von entscheidender Bedeutung die Frage, ob für eine Industrialisierung Kapital zur Verfügung steht oder nicht, und besonders, ob vorhandenes Privatkapital für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden kann. Nun ist es notorisch, daß Privatkapital selbst in den Formen der Aktiengesellschaft und der G. m. b. H. relativ schwer für den Osten aufzutreiben ist. Die Gründe liegen nicht allein in einem mehr oder minder berechtigten Mißtrauen gegen die

Chancen dort neu zu gründender Erwerbsunternehmungen, wie es an sich nach den Ergebnissen der früheren Industrialisierungsversuche begreiflich war, sondern zu beträchtlichem Teil in dem relativen Mangel an freiem Privatkapital, da ohne jeden Zweifel der weitaus größte Teil der östlichen Privatvermögen entsprechend dem Vorwiegen der landwirtschaftlichen Betriebe in Grund und Boden und Inventar investiert ist. Für die Beschaffung von Anlagekapital kommen daher in erster Linie Banken und Bankiers in Betracht. In etwas bedeutenderem Maßstabe als im übrigen Deutschland sind noch heute kleine Privatbankiers im Osten tätig. Es kann aber nicht übersehen werden, daß auch hier dieser Kreis selbständiger Kreditvermittler immer mehr durch die lokalen Aktienbanken in seiner Tätigkeit beschränkt, ja teilweise aus dieser mehr mehr und mehr verdrängt wird. Trotzdem ist festzustellen, daß eine Reihe von mittleren und kleinen lokalen Aktienbanken ein durchaus solides, auf dem Boden der Ostmark aufgebautes Kreditgeschäft regelmäßig abwickelt. Es ist nicht zu verkennen, daß der Grad von Konzentration im Bankwesen, der in West- und Mitteldeutschland erreicht ist, im Osten noch nicht durchgeführt ist. Es handelt sich im Osten nicht so sehr um eine Konzentration im Bankwesen, als um eine Beeinflussung der dortigen Kreditgewährung durch Affilierung und Ankauf von Beteiligungen seitens der Großbanken, es handelt sich mehr um eine Ansaugung als um eine Aufsaugung des östlichen Geschäfts durch die Zentren unseres deutschen Bankverkehrs. Der entscheidende Grund dafür scheint darin zu liegen, daß von Berlin aus die lokalen Verhältnisse des Ostens bei ihrer völligen Verschiedenheit von denen des Westens weniger übersichtlich und klar verständlich erscheinen, so daß den lokalen Instanzen ein größerer Spielraum nach allen Richtungen hin gewährt zu werden pflegt. Zudem

kann nicht verkannt werden, daß das Erwerbsinteresse der Großbanken im östlichen Geschäft in keiner Weise einen besonderen Anreiz findet gegenüber den normalen Geschäften im Westen und im Auslande. Jedenfalls kann man nicht behaupten, daß das Geschäft im Osten irgend welche größere Chancen böte, als das übrige Geschäft der Großbanken. Entsprechend der historischen Entwicklung ist in der Hauptsache die preussische Staatsbank, die königliche Seehandlung und die von ihr speziell für die Bedürfnisse des Ostens aufgenommene und ausgestaltete Ostbank für Handel und Gewerbe für die Bedürfnisse eingetreten, die mit der Durchführung des Gedankens, eine Industrialisierung des Ostens zu versuchen, an die Bankwelt herantraten. Es ist hier nicht der Ort, über die Beteiligung der Seehandlung, die teilweise und zwar in entscheidenden Fällen gerade ohne die Vorschübung der Ostbank erfolgt ist, im einzelnen zu handeln, da die Verhältnisse der nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke heute noch nicht vollständig abgewickelt sind. Man kann hier nur feststellen, daß mit dem ausgesprochenen Zweck, im Osten Industrie aus dem Boden zu stampfen, eine Reihe von Millionen seitens der Seehandlung dort investiert worden sind, deren Verwendung vollkommen resultatlos gewesen ist. Es kann weiter nicht verkannt werden, daß gerade das Eingreifen der Seehandlung als Kreditgeberin in diesen Fällen verschiedentlich die lokalen Banken zu Beteiligungen veranlaßt hat, gegen die diese lokalen Instanzen selbst die allerschwersten Bedenken hatten und verschiedentlich offen zum Ausdruck gebracht haben. Es kann weiter leider nicht verkannt werden, daß auf diesem Wege eine nicht unbedenkliche Scheu der lokalen Kreditgeber gegenüber weiteren Industrialisierungsversuchen sich gezeigt hat, der ein unbefangener Beurteiler guten Grund nicht absprechen kann.

Neben den Großbanken und den affilierten lokalen Aktienbanken wäre es denkbar, Genossenschaftsbanken zur eventuellen Industrialisierung des Ostens heranzuziehen, besonders solche Schulze-Delitzsch'scher Observanz. Es ist das bisher im großen und ganzen nicht geschehen und bei den eigentümlichen Verhältnissen des Ostens mit dem Überwiegen der Genossenschaften Raiffeisen'scher Observanz wird diese Entwicklung im allgemeinen als naturgemäß zu bezeichnen sein.

So bietet die wirtschaftliche Lage der östlichen Industrie und die Versuche, sie zu erweitern, wenn man die natürlichen Gegebenheiten, die Lage und die Kapitalbeschaffungs-Frage ins Auge faßt, kein erfreuliches Bild. Allein aus diesem Grunde muß daher schon jeder Versuch, künstlich eine Industrialisierung des Ostens in die Wege zu leiten, vom wirtschaftlichen Standpunkt als höchst bedenklich betrachtet werden. Trotzdem wird zuzugeben sein, daß aus den oben angeführten Gründen technisch ein Fortschritt durch das Eingreifen des Staates auf dem Wege der Wirtschaftspolitik und Verkehrsstraßenpolitik denkbar erscheint.

Aber die ganze Angelegenheit wird durch die Arbeiterfrage in der bedenklichsten Weise weiter kompliziert, da zu sehr großen Teilen die eventuell zur Verfügung stehenden Arbeitermassen Polen sind, und nach Ausweis der neueren Zahlen das polnische Element absolut im Vordringen begriffen ist. Nach der Reichstagswahlstatistik wurden folgende Polenstimmen abgegeben: 1881: 19 490, 1890: 246 800, 1903: 347 800 und 1907: 453 900. Es entfielen insolgedessen Abgeordnete: 1881: 18, 1890: 16, 1903: 16, 1907: 20. Bei dieser zweifellosen numerischen Zunahme der Polen speziell im Osten haben wir aber seit mehr als einer Generation dort großen, wachsenden, allgemeinen Landarbeitermangel. Wir können direkt von einer Landflucht der Arbeiter aus den östlichen Bezirken sprechen.

Wir haben weiter notorisch eine bedeutende Abwanderung von Deutschen und Polen in die westlichen Industriebezirke, bei denen heute schon teilweise die Gefahr völliger Polonisierung der Masse vorliegt und wir haben als Folge dieser Landflucht und Binnenwanderung ein Nachdrängen der Polen aus russisch-Polen und Galizien und darüber hinaus von ruthenischen Elementen besonders in die östlichen Provinzen Preußens. Und das ist eine Entwicklung, die eingeseht hat, nachdem um Mitte des vorigen Jahrhunderts ein Rückgang des Polentums, besonders ein Verschwinden jedes aggressiven Charakters des Polentums gegen die Germanisierung positiv festzustellen war. Wir haben inzwischen die Entstehung des polnischen Mittelstandes, die Entstehung eines polnischen Gemeinwesens im preußischen Staate erlebt und dürfen uns keinen Zweifel daran hingeben, daß diese Tatsachen in Verbindung mit der politischen Stellung der Polen in den beiden Nachbarreichen dem preußischen Staate mit seinem großen Bestandteil von polnischen Staatsangehörigen nicht günstig sind und lebhafteste Aufmerksamkeit erfordern. Die entscheidende Frage ist also hier: Wie wirkt jede Industrialisierung einmal auf das Arbeiterproblem im Osten im ganzen, d. h. in erster Linie auf die Landarbeiterfrage, da ja die Landwirtschaft heute das vorwiegende Gewerbe im Osten ist, und zweitens, wie wirkt jeder Industrialisierungsversuch auf die Polenfrage? Allenthalben, wo Industrie sich entwickelt, finden wir nun eine positiv nachweisbare Konzentration der Bevölkerung an der Betriebsstelle und zwar einerlei, ob diese in der Stadt oder dezentralisiert über das Land verteilt liegen. Jeder Versuch einer Industrialisierung im Osten wird also mehr oder minder starke Massensammlungen von Arbeitern zur Folge haben, die auf dem Abzug von Landarbeitern, speziell aus den Bezirken des Groß-

grundbesitzes beruhen. Im Osten gibt es aber für den Abzug von Landarbeitern bestimmte Momente, die unaufhaltsam, schon ohne das Bestehen derartig neuer Industriezentren wirken, durch deren Entstehung aber in ihrer Gesamtheit ohne weiteres gefördert werden müssen. Für den östlichen Arbeiter kommt ganz allgemein der Zug nach dem Westen in Betracht, weil ganz allgemein die Anschauung verbreitet ist — es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Anschauung richtig ist — daß der Westen eine bessere Lebenshaltung gewährleiste, als die patriarchalischen Verhältnisse des Ostens ermöglichen; speziell in den Kreisen der Handwerker, noch mehr aber in denen der fabrikmäßig ausgebildeten Arbeiter ist dieser Gedanke allgemein vertreten. Es ist mir eine charakteristische Ziffer seitens einer großen Maschinenfabrik mitgeteilt worden. Von den dort handwerksmäßig ausgebildeten Arbeitern wandern über 90 % nach kurzer Zeit, fast sofort nach vollendeter Ausbildung in den Westen ab. Auch wird die Anschauung, die mir gegenüber von dem Syndikus des Vereins Ostdeutscher Industrieller, Dr. John, vertreten wurde, daß in der östlichen Arbeiterschaft ein stärkeres Fluktuiereu beliebt werde, als es im Westen und Mitteldeutschland zu beobachten sei, richtig sein. Für die größeren Güter spricht dann meines Erachtens in nicht seltenen Fälle eine unrichtige Behandlung der Arbeiter für die mangelhafte Seßhaftigkeit mit. Patriarchalische Methoden der Arbeiterbehandlung sind theoretisch speziell bei dem Menschenbestand des Ostens an sich möglich; in demselben Moment aber, wo sie nicht mit dem vollen Bewußtsein pädagogischer Rücksichten, sondern aus althergebrachter Auffassung und scheinbarer oder wirklicher Nichtachtung des Menschenmaterials verwendet werden, sind sie mindestens gegenüber der altansässigen deutschen Bevölkerung heutzutage absolut unangebracht und wirken direkt als Mittel, die Abwanderung zu

beschleunigen. Lokales Heimatgefühl kann eben nur entstehen und erhalten werden, wo keine entscheidenden Gründe vorliegen, die dieses Gefühl in den Hintergrund zu drängen Kraft genug besitzen. Heutzutage besitzen politische Erwägungen, ganz besonders aber der Gedanke, unrechtmäßig behandelt zu werden, zweifellos diese Kraft. Von ganz entscheidender Bedeutung ist aber für die Abwanderung großer, speziell landwirtschaftlicher Arbeiterkreise die volle Umwandlung der landwirtschaftlichen Betriebstechnik, die Umwandlung der Großlandwirtschaft in ein Saisongewerbe mit zeitweiliger Verwendung großer Arbeitermengen und der Möglichkeit, zeitweilig nur ganz geringen Bedarf an Arbeitskräften zu haben. Aus diesem Grunde ist speziell für den Großbetrieb in der heutigen Landwirtschaft die Beschäftigung von unständigen Arbeitern häufig durchaus erwünscht. Es ist notorisch, daß pro Morgen im Großbetriebe heute weniger Arbeiter beschäftigt werden, als bis vor kurzer Zeit, und diese Erscheinung geht nicht allein auf den vorhandenen Mangel an Landarbeitern zurück, sondern im wesentlichen auf die veränderte Betriebstechnik, wobei ganz außer acht gelassen werden soll, ob diese veränderte Betriebstechnik durch den Mangel an Arbeitern veranlaßt ist. Mag sie herrühren woher sie will, sie ist nicht wieder zu beseitigen. Die Folge ist jedenfalls heute, daß eine bedeutende Abwanderung landwirtschaftlicher und sonstiger Arbeiter aus dem Osten in den Westen stattfindet. Eine Rückwanderung findet wohl statt, sie ist aber als höchst zweifelhaftes Vergnügen für den Osten zu bezeichnen, denn nicht diejenigen Elemente, die im Westen ein neues Leben gefunden haben, kehren zurück, sondern die gescheiterten Existenzen.

Diese Verhältnisse, die ganz allgemein zu einer Abwanderung von Arbeitern geführt haben, werden nun durch den

Versuch einer künstlichen Industrialisierung wesentlich gestärkt. Besonders wird das für die Abwanderung vom Lande gelten müssen, denn im Osten muß der Industriearbeiter in der Hauptsache vom Lande kommen und aus den kleinen Städten, also aus den Kreisen, die man immer noch als die landwirtschaftlicher, bäuerlicher Erziehung bezeichnen kann. Eine Zuwanderung von Industriearbeitern aus dem Westen muß bei einer Industrialisierung sicher erfolgen, weil es natürlich undenkbar ist, mit den ungeschulten Arbeitern des Ostens technisch feinere industrielle Betriebe aufzumachen. Sie wird aber quantitativ irrelevant sein, besonders schon deswegen, weil ja auch im Westen eine unausgesetzt wachsende Nachfrage nach Industriearbeitern vorhanden ist. Unter diesen Umständen wird der Erfolg einer Industrialisierung des Ostens für die Landwirtschaft einmal der sein, daß die Landarbeiternot verstärkt wird, auf der anderen Seite wird, falls der Versuch einer Industrialisierung gelingt, möglicherweise ein Ausgleich für die Gefährdung bei der in der Hauptsache auf den Verkauf ihrer Produkte hinarbeitenden Großlandwirtschaft darin liegen, daß der gesteigerte Konsum der größeren Massen die Rente dieser großlandwirtschaftlichen Betriebe heben wird. Aber die Folge dieser Situation muß die sein, daß die aus der Landwirtschaft in die Industrie abwandernden, jedoch im Osten bleibenden Kreise in dem Betrieb der Großlandwirtschaft ersetzt werden müssen, entweder durch eine noch weitere Unabhängigmachung der Großlandwirtschaft von menschlichen Arbeitskräften, die sich durch stärkere Einstellung von Maschinenkraft oder, und so weit das technisch nicht geht, unbedingt durch den Nachschub auswärtiger slawischer Saisonarbeiter in diese Betriebe. Und ob es gelingen wird, diesem Ersatz innerhalb Deutschlands wandernder Industriearbeiter durch ausländische Slawen in der Landwirtschaft auf

die Dauer die Ansiedlung zu versagen, scheint mir durchaus zweifelhaft.

Es muß aber hier die Frage aufgeworfen werden: Ist denn Großgrundbesitz in der Hand eines deutschen Eigentümers, bei dem Deutsch so gut wie niemand weiter ist als der nominelle Eigentümer, der Besitzer, und vielleicht das Inspektionspersonal, ist solcher Großgrundbesitz wirklich noch deutsch? Die Frage aufwerfen, heißt sie verneinen. Ist nicht bei solcher Situation aus bevölkerungspolitischen Rücksichten jede Wahrscheinlichkeit, die den Zuzug von Slaven in weiterem Umfange in die Wege zu leiten geeignet ist, absolut zurückzudrängen, und zwar sowohl für die Kreise der Industrie, wie für die Kreise der Landwirtschaft? Es kann ja nicht verkannt werden, daß die Ansiedlungskommission in letzter Zeit bedeutende Erfolge für den deutschen landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Mittelstand innerhalb des Gebietes ihrer Tätigkeit erzielt hat. Ebenjowenig kann bezweifelt werden, daß mit diesen Erfolgen das Ziel, den Osten zu germanisieren, in keiner Weise erreicht ist, daß vielmehr diese Erfolge quantitativ als sehr gering anzuspreehen sind. Und es kann nicht verkannt werden, daß die Frage, ob eine Verstärkung der Betriebsmittel der Ansiedlungskommission und die Verwendung der Enteignung und ebenso die Möglichkeit, nach anderen Prinzipien als bisher Großgrundbesitz in Kleingrundbesitz zu verwandeln, höchst diskutabel ist und je nach der Stellungnahme des Beurteilers zu allgemeinen politischen Fragen sehr verschieden beantwortet werden wird.

Aber das Eine kann man jedenfalls feststellen, daß bei dieser Situation nicht die geringste Aussicht besteht, durch eine Industrialisierung den Polen beizukommen, denn Polen wie Deutsche werden, wenn auf dem Wege staatlicher Förderung oder auf dem Wege eigener Initiative Er-

folge einer Industrialisierung eintreten, gleichermaßen Vorteile von dieser neuen Sachlage ziehen, so lange gleiches Recht für alle besteht. Das ist aber heute noch rechtens in Preußen.

Aber man kann ja auch anders. Und macher, der einen Kampf, nicht einen Konkurrenzkampf, sondern einen Kampf um den Grund und Boden, um das Land, in dem wir sitzen, durchzuführen will, wird auch die Mittel, die zum siegreichen Austrag des Kampfes führen, wollen. Das entscheidende Mittel ist dann hier allein die Ausnahmegesetzgebung mit Eigentums-, Freizügigkeits-, Gewerbtätigkeitsbeschränkungen für die Polen. Daneben könnte dann eine staatliche Förderung deutscher Industrieller stattfinden über die Betriebe hinaus, die, wie wir oben gezeigt haben, bodenständig sind und von sich aus, so weit wie sie gut fundiert sind, durchaus Aussicht auf dauernde Rentabilität gewährleisten. Aber dieser Ausnahmegesetzgebung stehen die großen Bedenken politischer, staatsrechtlicher und ethischer Natur gegenüber, die wir im 20. Jahrhundert nicht von der Hand weisen können. Vom staatlichen, rein politischen Standpunkt aus ist die Frage der Möglichkeit einer wirklichen Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen ohne weiteres zu verneinen, wenn man sich nicht zum Grundsatz der Revolution von oben bekennen will, und auch der wirtschaftliche Erfolg wird immerhin noch zweifelhaft bleiben müssen. Wir können im heutigen Staate nicht mehr so politisch wirtschaften, wie zu einer Zeit, als es noch kein Verfassungsrecht für den Staatsangehörigen gab. Man wird also ohne weiteres der Unmöglichkeit ins Gesicht sehen müssen, durch eine Industrialisierung eine Gemanisierung herbeiführen zu können.

Nicht unmöglich ist aber die Beförderung der Industrialisierung durch den Staat. Diese kann aber hier im Osten nur auf Kosten der Allgemeinheit geschehen; sie

wird nur in beschränktem Umfang möglich sein und eine Rentabilität nur dann versprechen, so weit sie mit den natürlichen Gegebenheiten des Ostens unter der Voraussetzung der Beibehaltung der heutigen Wirtschaftspolitik übereinstimmt. Gegen einen Teil der Allgemeinheit innerhalb des Staates auf Kosten der Allgemeinheit gerichtet, ist aber eine Industrialisierung des Ostens nicht zu befürworten; sie würde die Grundlagen des Staates in Auflösung bringen.

Wir kommen zum Schluß. Die Stellung der Frage der Begünstigung einer Industrialisierung über die Unterstützung der bodenständigen vorhandenen Industrien hinaus ist wirtschaftlich im höchsten Grade bedenklich. Sie ist technisch möglich durch künstliche Verschiebung der Verkehrsmöglichkeiten auf dem Wege der Wasserstraßen- und Eisenbahnpolitik, verbunden mit einer grundlegenden Änderung unseres Tarifwesens. Diese Verschiebungen sind aber wieder bedenklich und jedenfalls nicht leicht durchzuführen wegen des dadurch neuentstehenden Interessenkonflikts zwischen der großen bestehenden westlichen und der beförderten östlichen Industrie, sowie wegen der Nebenwirkungen auf die Staatsfinanzen. Ob Resultate demgemäß auf diesem Wege zu erzielen sein werden, erscheint immerhin nicht ganz sicher. Also schon hier kann man von einem günstigen Resultat nicht sprechen. Der Versuch einer Industrialisierung ist ferner bevölkerungspolitisch, was die Frage des Kampfes zwischen Deutschen und Polen um die Ostmark angeht, verkehrt, weil sie ohne Ausnahmegesetzgebung Polen und Deutsche gleichmäßig fördern muß, und wo sie durch eine Bevorzugung des deutschen Elements und Unterdrückung des polnischen durchgeführt werden soll, nur denkbar ist auf Kosten der Allgemeinheit gegen einen Teil des Ganzen. Eine derartige Industrialisierung ist also resultatlos für den Nationalitätenkampf und kostspielig, weil unrentabel für

die Allgemeinheit. Die besondere Form der Industrialisierung durch Zurückdrängung, Entrechtung des Polentums ist staatspolitisch unanwendbar, da ihre Durchführung nur unter Verletzung der Grundlagen des Staates Resultate verspricht. Die Antwort auf die Frage, ob und wie eine Industrialisierung der Ostmark in die Wege zu leiten sei, lautet also dahin, daß eine Industrialisierung auf natürlicher Basis an sich zu empfehlen ist, weil sie in langsamer Arbeit bescheidene Resultate verspricht. Auf künstlicher Basis sind Resultate nur zu erwarten, falls der Entschluß zur Gewalttat vorhanden ist.

Wir wollen den Osten Deutschlands politisch gegen den Ansturm der Slawen erhalten und selbstverständlich unseren Osten gegen jeden Versuch politischer Loslösung zugunsten des Polentums schützen. Das Mittel kann, soweit die Frage der Möglichkeit einer Industrialisierung ins Auge gefaßt wird, nur das sein, Hebung der östlichen Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Polenfrage, Industrialisierung auf natürlicher Basis mit möglichster Schonung der vorhandenen und durch die allmähliche Verknüpfung des Ostens mit dem Westen neu entstehenden Interessen.



Druck von J. B. Hirschfeld, Leipzig.

Kritische Dogmengeschichte der Geldwerttheorien.

Von Dr. Friedrich Hoffmann.

Preis M. 8.—

Lehrbuch der Finanzwissenschaft.

I. Band. Von Professor Dr. Max von Heckel in Münster i. W.
Preis M. 10.—, geb. M. 11.50.

Leitende Gedanken gesunder Volkswirtschaft.

Von Dr. Eugen Bönninger.

Preis M. 2.20.

Lehrbuch der Nationalökonomie.

Von k. k. Hofrat, Prof. Dr. Fr. von Kleinwächter in Czernowitz.
Zweite Auflage. Preis M. 8.40, geb. M. 10.—

Kleine Reichsbanknoten.

Das deutsche Banknotengesetz von 1906 im Lichte der
Geschichte und Theorie des Banknoten- und Papiergeld-
wesens. Von Dr. Willy Ruppel. Preis M. 4.50.

Arbeitermangel oder Geldknappheit?

Eine neue Antwort auf eine alte Frage und Gesichtspunkte
zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen und Geldmarkt-
verhältnisse. Von Dr. H. Eckener. Preis M. 1.50.

Problematisches zu Friedrich List.

Mit Anhang: Lists Briefe aus Amerika in deutscher Über-
setzung. Von Dr. Curt Köhler. Preis M. 6.—

Untersuchungen über die Methodologie der Wirt-
schaftswissenschaften.

Von Dr. F. Lifschitz in Bern.

Preis M. 2.—

Die bewegenden Kräfte der Volkswirtschaft.

Von Professor Dr. K. Reinhold. Preis M. 10.—, geb. M. 12.—

Zur Erkenntnislehre volkswirtschaftlicher Er-
scheinungen.

Von Dr. Stanislaus Grabski.

Preis M. 4.50

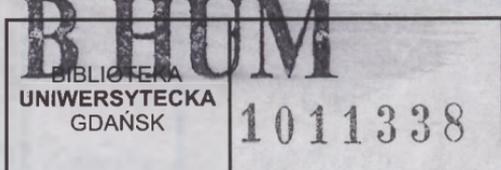
Der Wirtschaftliche Fortschritt.

Sein Verlauf und Wesen. Dargestellt an der Hand der wirt-
schaftlichen Entwicklung von der Höhe des Mittelalters bis zu
der neuesten Zeit. Von Professor Dr. Waldemar Mitscherlich.
Preis M. 5.—

Die Reichsfinanzreform

und ihr Zusammenhang mit Deutschlands Volks- und Welt-
wirtschaft. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Jul. Wolf. Preis M. 4.—

Verlag von



Nie pożyczka się do domu

Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung
auf den
ostmärkischen Nationalitätenkampf

von

Dr. W. Mitscherlich

Professor d. Staatswissenschaften an d. kgl. Akademie zu Posen.

Preis M. 1.50.

Mitscherlichs Abhandlung geht eine kurze Untersuchung über die Entstehungsursachen der Nationalitätenkämpfe voran und gipfelt in der Ausführung, dass er nur eine Etappe in der grossen Entwicklungsgeschichte der Menschheit ist.

**Der wirtschaftliche Fortschritt
sein Verlauf und Wesen.**

Dargestellt an der Hand der wirtschaftlichen Entwicklung von der Höhe des Mittelalters bis zu der neuesten Zeit

von

Dr. W. Mitscherlich

Professor d. Staatswissenschaften an der kgl. Akademie zu Posen.

Preis M. 5.—

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.